

# Streitross



Das Magazin der Jungen Union Niedersachsen

25. Jahrgang · Nr. 83

August  
2014

## QUO VADIS BUNDESWEHR – TUN WIR ALLES FÜR DIE SICHERHEIT UNSERER SOLDATEN?



**BERICHTE  
AUS DEN  
VERBÄNDEN**



Seite 9

**VOR ORT, NAH  
DRAN, AKTIV!  
KOMFIT #16**



Seite 12

**EINLADUNG ZUM  
SOMMEREVENT  
AM 06./07.09.2014**



Seite 16

## Liebe Leserinnen und Leser,

nichts ist beständiger als der Wandel. Nach diesem Motto werden wir das Streitross ab dieser Ausgabe fortlaufend modernisieren. Größere Fotos, ein neues Layout, die Verknüpfung von Print und Online sowie mehr Platz für politische Themen der JU Niedersachsen – der erste Schritt ist gemacht, die weiteren folgen fortlaufend. Freut Euch darauf.

Ein Magazin kann sich aber auch nur weiterentwickeln, wenn viele helfende Hände ihren Beitrag dazu leisten. Anna Grill, Nils Hochmann und Simon Göhler sind neu im Team, weitere Verstärkungen sind herzlich willkommen. Wenn Ihr Interesse an der redaktionellen Mitarbeit habt, schickt Eure Bewerbung einfach an: [redaktion@streitross.de](mailto:redaktion@streitross.de).

Aber nicht nur feste Redaktionsmitglieder können Ihren Beitrag zum Streitross leisten. Robert Ehrenpfordt macht mit seinem Leitartikel den Anfang und beschäftigt sich mit einem Thema, das stark zum Nachdenken anregt: Braucht die Bundeswehr bewaffnungsfähige Drohnen?

Robert bezieht dazu klar Stellung – und wir fragen nach, beim verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Henning Otte.

Sicherheitspolitisch geht es auch in unserem Pro & Contra zu. Der Bremer Senat hat sich dafür ausgesprochen, die Kosten von Polizeieinsätzen bei „Risikospielen“ in der Fußball-Bundesliga dem veranstaltenden Verein, spricht dem SV Werder Bremen, aufdrücken zu wollen. Eine Vorlage für ganz Deutschland und für alle Vereine von der Bundesliga bis hin zum Amateurfußball? – Wir wollten die Frage nicht im Raum stehen lassen und freuen uns, dass wir zwei Experten mit sehr unterschiedlichen Ansichten für den Meinungsaustausch gewinnen konnten – einfach lesenswert.

*Viel Spaß beim Lesen,  
noch einen schönen Restsommer  
und auf ein Wiedersehen beim  
Sommerevent in Bispingen*

*Solzer*



### INHALT

Tilmans Klartext	3
<b>Statement:</b> Bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr	4 - 5
<b>Interview: Henning Otte MdB</b> zur Drohnen Diskussion	6
<b>News zur Bundesvorsitzendenwahl</b>	7
<b>Bildungskongress 2014</b>	8
<b>Aus den Verbänden</b>	9 - 11
<b>Statistik / neue Vorstände</b>	12
<b>KOMFIT#16</b>	13
<b>Kommunalwahllexikon</b> von Merlin Franke	14
<b>Pro &amp; Contra: Kostenübernahme</b> durch Bundesligisten	15
<b>Anmeldung Sommerevent</b>	16



### IMPRESSUM

#### Herausgeber und Verleger:

Junge Union Niedersachsen  
Redaktion „Streitross“  
Wilfried-Hasselmann-Haus  
Hindenburgstraße 30  
30175 Hannover  
Tel.: 0511 / 279 91 - 41  
Fax: 0511 / 279 91 - 9941  
E-Mail: [redaktion@streitross.de](mailto:redaktion@streitross.de)

#### Vorsitzender:

Tilman Kuban

#### Landesgeschäftsführer:

Hagen Holste V.i.S.d.P.

#### Chefredakteur:

Holger Rabbe (hr)

#### Satz & Layout:

Michael Poerschke (mp)

#### Fotos:

JU, Michael Poerschke, Fotolia, Privat  
Titelfoto Fotolia.com - © Paul Fleet

#### Mitglieder der Redaktion

Benny Bräuer, Svenja Frerichs, Simon Göhler,  
Anna Grill, Sebastian Hochmann, Viktor Jahn,  
Tilman Kuban, Jennifer Lohmann,  
Matthias Möller, Michael Poerschke,  
Jonas Soluk, Philipp Thalmann

#### Auflage:

3.000 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider! Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe erlaubt, Belegexemplar erbeten. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Das „Streitross“ erscheint quartalsweise.

# TILMAN'S KLARTEXT



Die Junge Union hat das Selbstverständnis DIE Talentschmiede der CDU in Niedersachsen zu sein. Wir sind vor Ort aktiv, unterstützen die CDU bei ihren Kampagnen und bringen uns ein. Deshalb geht Nachwuchsförderung der CDU in Niedersachsen nur und ausschließlich über die Junge Union!

In der neusten Umfrage zur Volkspartei der Zukunft gaben die meisten Mitglieder (71,4% !) an, dass für sie das wichtigste Thema der Zukunft die Nachwuchsförderung sei. Zum Einen sind dies nochmals 3% mehr als bei der ersten Umfrage 2010. Zum Anderen zieht sich dieser Wunsch durch alle befragten Altersklassen vom 16. Lebensjahr bis zur Altersklasse 80 und älter mit Umfragewerten von 82 bis 68% quer durch die Partei. Das Thema ist also die größte Sorge unserer Mitglieder, aber diese dringt anscheinend nicht bis ins Hasselmann-Haus vor oder warum änderte sich in den letzten 4 Jahren nichts?

### Mitgliederpflege statt Nachwuchsförderung

Und welche Antwort hat die CDU in Niedersachsen auf die neusten Umfrageergebnisse? In einem Antrag des Landesvorstandes heißt es man wolle die Talentschmiede fortsetzen und die Willkommenskultur in der CDU stärken. Das ist für mich Mitgliederpflege, aber keine Nachwuchsförderung! Denn wenn man wirklich attraktiv für junge Menschen sein will, braucht es andere Konzepte!

### Vorbilder und neue Veranstaltungsformate

In der Jungen Union ist man heiße Diskussionen mit fachkundigen Referenten und Netzwerkaufbau in gemütlichem Ambiente gewohnt. Wo sind also die Veranstaltungen der CDU dazu? Wo sind die Townhall-Diskussionen mit Fachministern oder Wissenschaftlern zu aktuellen Themen? Warum findet die Reihe „Niedersachsen im Dialog“ nur in Hannover statt? Wo sind die interessanten Austauschabende, wie es bspw. die CSU mit ihrer „Lounge in the City“-Kampagne vorgemacht hat?

Und es braucht Vorbilder. Die JU'ler verteilen vor Ort die Flyer im Wahlkampf, hängen die Plakate auf, besetzen die Stände und touren mit den Kandidaten durch die Wahlkreise. Diese JU'ler haben es verdient zumindest einen Ansprechpartner aus ihrer Generation in einem Parlament sitzen zu haben. Deshalb fordern wir auf jeder Landesliste zur Landtags- und Bundestagswahl einen Platz unter den Top15 für einen Kandidaten unter 35 Jahren!

### jünger-bunter-weiblicher

Das neue Motto der CDU soll lauten: jünger-bunter-weiblicher! Die JU ist bereit daran mitzuarbeiten. Auch wir werden uns weiter für noch mehr junge Menschen öffnen. Für mehr Auszubildende, für mehr junge Frauen und für mehr junge Migranten! Aber auch die Parteispitze muss diesen Wandel wirklich wollen und darf dies nicht nur eine gutklingende Floskel sein lassen. Ansonsten sind wir in 10 Jahren keine Volkspartei, sondern eine Funktionärspartei!



Euer Tilman

## Quo vadis Bundeswehr?

# WIE EINE SCHEINHEILIGE DROHNENDEBATTE DIE SICHERHEIT UNSERER SOLDATINNEN UND SOLDATEN GEFÄHRDET!



von

**Robert Ehrenpfordt**

*Offizier beim  
Einsatzführungs-  
kommando der  
Bundeswehr in  
Potsdam*

Kaum ein sicherheitspolitisches Thema hat in der jüngsten Vergangenheit so viel mediale Aufmerksamkeit erfahren, wie ein möglicher Kauf bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr. Die Debatte hierrüber war längst überfällig, leben doch deutsche Soldaten spätestens seit Beginn des Afghanistaneinsatzes mit einer Fähigkeitslücke, die bisher nur durch unseren Verbündeten USA geschlossen werden kann. Bei all den Emotionen, die eine solche Diskussion bei Befürwortern und Gegnern auslöst, geraten Sachargumente immer mehr in den Hintergrund, so dass die

Debatten teils absurde Verläufe nehmen, die jeglicher Vernunftgrundlage entbehren. Wir sollten wieder die Fakten sprechen lassen und uns endlich von dieser scheinheiligen Diskussion befreien!

Am 30. Juni 2014 hat sich der Verteidigungsausschuss in einer öffentlichen Anhörung mit dem Drohnen-Thema beschäftigt und dazu acht Experten angehört. Bereits einen Tag später spricht sich unsere Verteidigungsministerin in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung für die Entwicklung einer europäischen, bewaffnungsfähigen Drohne aus. So weit, so gut. Doch was haben wir mit dieser Aussage konkret für den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz erreicht? Nichts! Es kann vielmehr der Eindruck entstehen, dass die Ministerin auf Zeit spielt, um den Koalitionsfrieden zu wahren und einer vermeintlich unangenehmen öffentlichen Debatte aus dem Weg zu gehen. Dabei ist diese im Sinne eines breiten gesellschaftlichen Konsenses dringend notwendig und muss aus dem parlamentarischen Raum aktiv angestoßen werden. Gerade bei aufkommendem Gegenwind können unsere Soldatinnen und Soldaten als Angehörige einer Parlamentsarmee erwarten, dass sich die verantwortlichen Politi-

ker schützend vor sie stellen, die Interessen der Bundeswehr aktiv vertreten und damit wieder zu einer Versachlichung der Debatte beitragen.

Ohne ein ausgewiesener Kenner operativer Einsatznotwendigkeiten der Bundeswehr zu sein, überzeugen die Pro-Argumente auch für den Laien auf breiter Linie, sogar unter den oft zitierten ethischen Gesichtspunkten! Bewaffnete Drohnen dienen eben nicht der gezielten Tötung, sondern einzig und allein dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten während sie in gefährlichen Einsätzen Leib und Leben riskieren. Die handelnden Offiziere sind sich dabei jederzeit der Tragweite ihrer Entscheidungen bewusst. Diese Verantwortung wird auch immer beim Menschen bleiben und niemals automatisierten Prozessen überlassen werden. Von einer sinkenden Hemmschwelle zum Einsatz von Waffengewalt oder von „autonomen Killer-Robotern, wie es die Drohengegner häufig anführen, kann damit überhaupt nicht die Rede sein. Es würde zudem diametral den Einsatzgrundsätzen der Streitkräfte widersprechen. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee agiert nach den Grundsätzen der Inneren Führung und hat sich an Recht und Gesetz zu halten. Der Parlamentsvorbehalt sowie die parlamenta-





Fotolia.com © nerthuz

rische Kontrolle sichert dabei ein hohes Maß an Legitimität.

Wie bereits angedeutet, darf bei allen politischen und ethischen Argumenten der eigentliche Grund für eine Beschaffung von „Kampfdrohnen“, nämlich die militärische Fähigkeitslücke, nicht vernachlässigt werden. Aktuell kann die Fähigkeit der Luftnahunterstützung (Close Air Support) in der Bundeswehr nur durch bemannte Flugzeuge oder den (bedingt einsatzfähigen) Kampfhubschrauber TIGER geleistet werden, die allerdings nur in einem begrenzten Zeitfenster und in geringer Zahl zur Verfügung stehen. Die Einsatzrealität in Afghanistan zeigt uns auf bitterem Wege aber auch, dass ohne die Unterstützung durch amerikanische Drohnen (i.d.R. vom Typ REAPER, auch PREDATOR genannt) kaum eine Operation der Bundeswehr in Afghanistan stattgefunden hätte. Deutsche Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber befinden sich nicht mehr am Hindukusch, hatten aber auch nie den Auftrag eine Art Ersatzdrohne zu sein. Zurückbleiben jedoch unsere Soldatinnen

und Soldaten, die weiterhin einen Anspruch auf angemessenen Schutz haben, ohne dabei permanent von Verbündeten abhängig sein zu müssen. Diese eklatante Fähigkeitslücke fehlender „Kampfdrohnen“ hätte also schon vor Jahren beseitigt werden müssen.

Ohne Frage, die von der Bundeswehr geleasteten Drohnen vom Typ HERON 1 leisten einen erheblichen Aufklärungsbeitrag, sind aber in der jetzigen Konfiguration nicht zu bewaffnen. Zur Schließung dieser Lücke bieten sich im Wesentlichen drei Möglichkeiten an:

1. Entwicklung einer eigenen, europäischen Drohne
2. Leasing oder Kauf der israelischen Drohne vom Typ HERON TP
3. Ankauf von marktverfügbaren Drohnen, bspw. vom Typ REAPER

Alle genannten Optionen haben ihre Vor- und Nachteile. Die Luftwaffe hat sich früh auf den

REAPER festgelegt, deutsche Koalitionspolitiker mit dem Hinweis auf eine amerikanische Abhängigkeit dagegen auf das Modell HERON TP. Egal, welche Argumente sich am Ende durchsetzen werden, gilt es nun zeitnah Entscheidungen im Sinne des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten zu treffen. Eine Kaufentscheidung kann dabei nur das Ziel sein. Die Entwicklung einer eigenen, europäischen Drohne ist bereits einmal gescheitert. Eine zeitaufwendige, teure Eigenentwicklung können wir uns gegenwärtig nicht leisten, auch wenn dieses aus rüstungspolitischer Sicht sicherlich wünschenswert wäre. Die Verantwortung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten sowie marktverfügbare, bewährte Drohnen rechtfertigen keine weiteren zeitlichen Verzögerungen. Wir müssen endlich in das Zeitalter bewaffnungsfähiger Drohnen einsteigen!

*Der Autor dient als Offizier beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam und hat weltweit Einsatzerfahrung gesammelt. Seine Meinung ist ausschließlich persönlich.*



*Reicht für die Luftunterstützung nicht aus –  
der Kampfhubschrauber TIGER  
© GlobalMichael - Fotolia.com*

# „BUNDESWEHR IST MODERN UND AM EINSATZ ORIENTIERT AUSGERÜSTET“

## Henning Otte MdB, verteidigungspolitischer Sprecher CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Drohnendebatte und die Bundeswehr im Auslandseinsatz

Die Fragen stellten Jennifer Lohmann, Merlin Franke und Holger Rabbe

**Sie sind ein Befürworter von bewaffnungsfähigen Drohnen für die Bundeswehr. Welche Gründe haben für Sie den Ausschlag gegeben, diesem Vorschlag zuzustimmen?**

Wenn wir unsere Soldatinnen und Soldaten in den Einsatz schicken, müssen diese über das modernste Gerät und den besten Schutz verfügen. Die Drohnen ermöglichen durch die lange Flugzeit optimale und langfristige Aufklärungsergebnisse und können die Operationen unserer Kräfte hervorragend begleiten. Im Falle eines Angriffs auf deutsche Soldaten muss dann nicht langwierig ein Flugzeug oder dergleichen herangeführt werden sondern, die am Boden eingesetzten Kräfte können sofort auf die Fähigkeiten der Drohne zurückgreifen. Dabei ist aber wichtig, dass die letzte Einsatzentscheidung immer ein ausgebildeter Pilot hat.

Ein weiterer Aspekt, der für den Einsatz von Drohnen spricht ist, dass durch die beständige Aufklärung ein genaueres Lagebild entsteht und durch diese Kenntnisse der Verhältnisse vor Ort die Gefahr von Kollateralschäden im Vergleich zum konventionellen Einsatz der Luftwaffe und Artillerie deutlich reduziert wird, da die Mission technisch noch bis zur letzten Sekunde abgebrochen werden kann.

**Sie sagen, dass wir der Bundeswehr die technologischen Möglichkeiten geben müssen, um die Soldaten bestmöglich vor Angriffen zu schützen. Das Projekt Drohne steht aber noch ganz am Anfang, in einem swr-Interview sprechen sie von einer möglichen Fertigstellung 2025. Gehen wir zulasten unserer Soldaten nicht fahrlässig Risiken ein, wenn Deutschland erst wieder eine eigene Drohne entwickeln will anstatt einfach bestehende Waffensysteme zu kaufen? Warum kaufen wir nicht ein sofort einsatzfähiges und erprobtes System?**

Selbstverständlich gehen wir kein fahrlässiges Risiko für unsere Soldaten und Soldatinnen ein. Das widerspricht unserer Verantwortung als Parlamentarier gegenüber der Bundeswehr. Bevor wir auf eine europäische Neuentwicklung zurückgreifen werden können, nutzen wir heute am Markt verfügbare Drohnen für die Bundeswehr.

So hat sich das Leasingsystem für die HERON 1 bewährt und wird auch den gegenwärtig bestehenden Bedarf in Afghanistan zu decken. Zudem ist eine Zulassung in Deutschland bei einer geleasten Drohne nicht notwendig. Auch ermöglicht ein Leasingvertrag eine flexiblere Nutzung von neuestem Material als der sofortige Kauf von bestehenden Systemen. Hierbei muss auch wieder die Zulassung für den deutschen Luftraum beachtet werden.

Eine europäische Neuentwicklung ist notwendig, da sie uns von der Zulieferung Dritter unabhängig macht. Nur die eigene Industrie ist in der Lage uns ein auf die deutschen bzw. europäischen Bedürfnisse zugeschnittenes Produkt zu liefern. Dies sind die Erfahrungen aus anderen Rüstungsprojekten der jüngsten Zeit. Ich gehe davon aus, dass bei einer europäischen Drohne dann auch die Zulassungsfrage geklärt sein wird.

**Wie kann man die Truppe heute schon besser schützen? Reicht es aus, sich immer auf die Möglichkeiten der NATO-Partner verlassen zu müssen?**

Es ist natürlich der Wesensgehalt eines Bündnisses, dass man sich auf den Partner verlässt und ggf. auf dessen Fähigkeiten zurückgreift. Jedoch hat Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa einen Führungsanspruch und muss diesem auch bei der Fähigkeitsbreite im Bündnis gerecht werden. Aus diesem Grunde verfügt die Bundeswehr über einige der weltweit modernsten Waffen- und Schutzsysteme bzw. steht vor dem unmittelbaren Zulauf der Systeme. Beispielsweise war es für uns sehr wichtig, mit dem NH90 in Afghanistan über eine eigene Forward Air MedEvac Fähigkeit (Hubschrauberrettungseinsatz aus der Kampfzone) zu verfügen und uns in diesem sensiblen Bereich nicht auf andere Nationen stützen zu müssen. Dazu war es dann auch nötig, den TIGER Hubschrauber zum Schutz unserer Sanitäter mit in den Einsatz nach Afghanistan zu schicken. Mag sein, dass in der deutschen Öffentlichkeit das Bild entsteht, die Bundeswehr sei ständig auf Unterstützung der Partner – hier namentlich der USA – angewiesen ist. Tatsächlich ist dies aber in weiten Teilen nicht der Fall. Die Bundeswehr ist modern und am Einsatz ausgerichtet ausgerüstet und unterstützt vielfach andere Nationen bei der Einsatzdurchführung. Da können wir durchaus selbstbewusst und stolz sein.

**Ministerin von der Leyen sprach in einem Statement darüber, dass man zu dieser Frage einen breiten gesellschaftlichen Konsens herbeiführen wolle - eine Wunschvorstellung? Ist die Gesellschaft überhaupt in der Lage, über so ein Fachthema zu entscheiden?**

Ich bin der Meinung, dass die Gesellschaft sehr wohl über solche Themen diskutieren kann und will. Es gibt gute Argumente für den Einsatz von Drohnen, die die Menschen in Deutschland verstehen. Hier sei exemplarisch das Schutzargument genannt. Schließlich geht es bei einem Bundeswehreininsatz auch immer um Söhne, Töchter, Väter und Mütter, mit anderen Worten: es sind auch immer Bürger direkt betroffen. Da will man schon wissen, über welches Gerät die Bundeswehr



Henning Otte, MdB  
Quelle: Fotografie-Bokelmann

verfügt und was die Bundeswehr zum Schutz der Einsatzsoldaten unternimmt. Es ist unsere Aufgabe, diese Diskussion offen und ehrlich zu führen. Diesen Prozess haben wir angestoßen.

**Gegner von "Kampfdrohnen" kritisieren, dass diese das Töten stark vereinfachen, entemotionalisieren - so wie in einem Computerspiel. Was entgegnen Sie diesen Kritikern bzw. haben sie für einzelne Argumente Verständnis?**

Das ist eine polemische und wirklichkeitsferne Argumentation, die von wenig Sachkenntnis zeugt. Sowohl bei einem konventionellen Flugzeug als auch bei der Drohne trifft ein militärisch ausgebildeter Pilot die letzte Entscheidung, ob geschossen wird oder nicht. Dabei hat aber der Pilot der Drohne den Vorteil, dass er aufgrund der langen „Stehzeit“ über dem Gefechtsfeld dieses gründlich aufklären konnte. Er hat die Ruhe zum Abwägen. Wo hingegen der Pilot in einem Kampfflugzeug in Höchstgeschwindigkeit den Schauplatz überfliegt und innerhalb von wenigen Augenblicken seine Entscheidung treffen muss. Hinzu kommt, dass der Drohnenpilot nicht isoliert, alleinentscheidend in einer dunklen Kabine sitzt, er hat vielmehr die Möglichkeit auf den Rat eines Rechtsexperten und/oder eines zweiten militärischen Beraters zurückzugreifen. Das heißt mit anderen Worten: beim Einsatz von Kampfdrohnen ist die Fehlerwahrscheinlichkeit oder die Wahrscheinlichkeit von Kollateralschäden noch einmal geringer. Vor allem aber ist die Schutzmöglichkeit für unsere angegriffenen Soldaten deutlich höher.

Liebe Freunde,

noch knapp ein Monat ist es bis zum Deutschlandtag in Inzell und die Wahl zum JU-Bundesvorsitzenden beschäftigt viele von Euch. Noch nie gab es einen solch spannenden Wettstreit um die besten Ideen im Bundesverband. Welche Themen wollen Benedict und Paul besetzen? Wie wollen sie mit der CDU umgehen? Welche Art und Weise der Kommunikation suchen sie? All diese Fragen beherrschen viele Diskussionen bei Euch in den Kreis-, Orts-, Gemeinde- und Stadtverbänden sowie in den sozialen Netzwerken und Medien.

Nach 12 Jahren Philipp Mißfelder braucht es einen Neustart! Philipp hat die Junge Union zu dem gemacht was sie heute ist: Die professionellste, medienwirksamste und größte politische Jugendorganisation Deutschlands. Er hat mit seinen Äußerungen zu künstlichen Hüftgelenken oder der Erhöhung von Hartz IV als Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie viel Prügel eingesteckt und dennoch so manch jungen Menschen aus der Seele gesprochen. Auch wenn der ein oder andere von Euch in den vergangenen Monaten seinen außenpolitischen Kurs nicht immer nachvollziehen konnte, bleiben seine Verdienste um die ständige Weiterentwicklung der Jungen Union unbestritten. Hierfür hat Philipp einen tollen Abschied in Inzell verdient und ich bin mir sicher, dass die JU Bayern dafür die besten Voraussetzungen schaffen wird.

Wir haben uns auf dem Niedersachsentag mit einem starken Votum hinter unseren Kandidaten Benedict Pöttering gestellt. Benedict kennt alle Ebenen der Jungen Union wie seine Westentasche. Er war jahrelang Orts-, Kreis- und Bezirksvorsitzender und vertritt uns heute als stellvertretender Vorsitzender im Bundesverband. Er kennt eure Sorgen und Nöte, ist für alle JU'ler ansprechbar und scheut es nicht für unsere Themen zu kämpfen. Ich habe seinen Auftritt beim CDU Bundesparteitag sehr bewundert, als er sich vor knapp 1.000 CDU'lern zum Rentenpaket gegen die Bundeskanzlerin und die gesamte Parteispitze gestellt hat. Das braucht Rückgrat und genau dieses benötigt manchmal ein unbequemer Bundesvorsitzender. Wir dürfen nicht immer nur vom Stachel im Fleisch reden, wir müssen es auch sein!

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Wettbewerb zwischen Benedict und Paul die Junge Union belebt und attraktiver macht. Sowohl die Diskussionen auf Landestagen als auch in eigenen Diskussionsveranstaltungen oder im Netz zeigen, dass es beiden um die Junge Union geht. Bitte nutzt auch weiterhin die Möglichkeiten und stellt eure Fragen oder gebt eure Kommentare und Anregungen ab.

Mir ist aber auch wichtig, dass es hier um ein politisches Amt und nicht um persönlichen Angriffe geht. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben über JU-Generationen hinweg immer gut und freundschaftlich zusammengearbeitet. Dies soll so bleiben und um das zu gewährleisten bitte ich euch fair miteinander umzugehen. Man wirbt für seinen Kandidaten und muss dafür nicht den Anderen diffamieren!

Es liegen noch spannende Wochen vor uns. Wir Niedersachsen sind sturmfest und erdverwachsen. Wenn wir einen Weg einschlagen, dann entscheiden wir die Richtung gemeinsam und gehen ihn gemeinsam! Lasst uns gemeinsam mit Benedict und für seinen Ideen weiterkämpfen.

  
Euer Tilman

P.S. Du willst noch mehr über Benedicts Kandidatur erfahren?  
Dann schau doch mal bei [www.benedict-poettering.de](http://www.benedict-poettering.de) vorbei  
und meld dich für den Newsletter an.



# FERLEMANN: „VORSORGEFONDS ZUR ENTLASTUNG DER JUNGEN GENERATION AUSBAUEN“

Staatssekretär Enak Erlemann zu Gast beim JU-Bildungskongress in Walsrode / Bomlitz



Will weitere Vorsorgefonds zur Entlastung der jungen Generation: Staatssekretär Enak Ferlemann MdB

von Holger Rabbe und Jennifer Lohmann

Er ist ein Fixpunkt im Jahrkalender der Jungen Union in Niedersachsen – der Bildungskongress vor den Sommerferien. Als „Stargast“ freuten sich die Teilnehmer über Enak Ferlemann MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. Ferlemann nutzte die Gelegenheit, nicht nur über Aktuelles aus seinem Fachbereich zu sprechen, sondern auch das Streitthema „Rente mit 63“ näher zu behandeln. Benedict Pöttering, Bezirksvorsitzender der JU Osnabrück-Emsland und Kandidat für den Bundesvorsitz der Jungen Union, hatte die Rentenpolitik der Bundesregierung auf dem letzten Bundesparteitag auch im Namen

der JU stark kritisiert und somit auch die JU-interne Diskussion weiter befeuert – das Thema brannte also. Enak Ferlemann zeigte Verständnis für die geäußerte Kritik und sprach sich für mehr Vorsorgefonds zur Entlastung der jungen Generation aus. Die Bundesregierung strebe bereits im Bereich der Pflege eine sogenannte „Demografie-Reserve“ an. Dafür solle ein prozentualer Anteil der Beiträge in einem Fonds eingezahlt werden, der der heute jüngeren Generation zu einem späteren Zeitpunkt im Leben zugeführt werden soll. Dieses Modell sei zukunftsweisend und könne auch für andere Sozialleistungen in Zeiten des demographischen Wandels in Frage kommen,

machte Bundespolitiker Ferlemann deutlich. Der Landesvorsitzende Tilman Kuban begrüßt diesen Gedanken und wünscht sich mehr Durchhaltevermögen der Bundesregierung in diese Richtung. Sein Appell: „Die junge Generation wird die Folgen der aktuellen Rentenpolitik in konjunkturell schwächeren Zeiten bezahlen müssen. Daher ist eine solche Entlastung in anderen Bereichen dringend nötig.“

## Auftakt der Arbeitskreise

Nach der Diskussion mit Enak Ferlemann setzen die 60 JU'ler die inhaltlichen Diskussionen in den Arbeitskreisen fort. Die Themen für die kommenden Monate wurden festgesteckt und erste Veranstaltungen geplant. Natürlich ist der Kreis der Arbeitskreismitglieder nicht nur auf die Teilnehmer des Bildungskongresses begrenzt. Mitmachen ist ganz einfach. Nehmt Kontakt mit den Arbeitskreisleitern auf. Nutzt die Chance! Gestaltet die Inhalte der JU Niedersachsen für die nächsten Jahre mit!



Nach dem Vortrag ging es in den Arbeitskreisen weiter

Arbeitskreise	Arbeitskreise	Mailadresse
Wirtschaft/Infrastruktur/Finanzen	Enrico Przybilla	Enrico.Przybilla@ju-niedersachsen.de
Soziales/Familie/Christliche Werte/Gesundheit	Benjamin Müller	Benjamin.Mueller@ju-niedersachsen.de
Bildung/Wissenschaft	Milena Schünemann	Milena.Schuenemann@ju-niedersachsen.de
Umwelt/Energie	Christoph Röttker	Christoph.Roettker@ju-niedersachsen.de
Netzpolitik	Reent Reents	Reent.Reents@ju-niedersachsen.de
Kommunales/Große Städte und ländlicher Raum	Marius Keite	Marius.Keite@ju-niedersachsen.de
Landwirtschaft	Harm Böckmann	Harm.Boeckmann@ju-niedersachsen.de
Inneres/Recht/Verfassungsschutz	Tim Harders	Tim.Harders@ju-niedersachsen.de
Europa und internationale Beziehungen	Gerrit Becker	Gerrit.Becker@ju-niedersachsen.de
Ehrenamt und vopolitischer Raum	Jonas Bickschlag	Jonas.Bickschlag@ju-niedersachsen.de



## JU IM BEZIRKSVERBAND HANNOVER STELLT SICH NEU AUF

### „Profil schärfen und inhaltlich vorangehen“



*Tilman Kuban wünscht dem neuen Bezirksvorsitzenden Felix Blaschzyk viel Erfolg im neuen Amt*

Am Wochenende des 26./27. Juli 2014 trafen sich rund 100 Delegierte, Freunde und Gäste des JU Bezirksverbandes Hannover in Hameln zum alljährlichen Bezirkstag. An der Spitze des Bezirksverbandes gab es personelle Veränderungen. Neuer Vorsitzender wurde mit rund 87% der Delegiertenstimmen der 26-jährige Hannoveraner Felix Blaschzyk. Felix ist seit 2010 Kreischef der JU in der Stadt Hannover, gehörte von 2010 – bis 2012 dem Landesvorstand als Beisitzer an und ist zudem Ratscherr in der Landeshauptstadt. Unterstützt wird Felix von seinen Stellvertretern Konstanze Giesecke (Hannover-Land), Markus Panzer (Schaumburg) und Philipp Thalmann (Diepholz).

In seiner Antrittsrede setzte sich Felix für ein schärferes Profil der JU ein: „Einzelne Maßnahmen der Energiewende, die Renten-

und Gesundheitspolitik oder die deutsche Haltung zu Russland müssen kritischer hinterfragt werden“.

Bei der inhaltlichen Beratung stand die Schul- und Bildungspolitik im Fordergrund. Der einstimmig beschlossene Leitantrag fordert, nach einer engagierten Debatte, u.a. die Rückkehr zum G9. Aber auch das Thema

Inklusion stand im Fokus der Beratungen. „Eine dezidierte Auseinandersetzung mit der Inklusion darf nicht tabuisiert werden. Die Integration von geistig behinderten Schülern gestaltet sich in der Praxis schwieriger, als die Landesregierung sich das vorstellt. Daher fordern wir auch entschieden den Erhalt der Förderschule“, so Felix Blaschzyk.



*Der neue Bezirksvorstand der JU Hannover*

## Junge Union Grafschaft Bentheim kritisiert jüngste Mautpläne

### „PROBLEMATISCHE ENTWICKLUNG FÜR GRENZGEBIETE“

Die Junge Union Grafschaft Bentheim (Grafschafter JU) kritisiert in einer aktuellen Pressemitteilung die Planungen von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), die Maut auf alle bundesdeutschen Straßen auszuweiten. „Der Kerngedanke der Maut ist ein richtiger“, so Gert Lödden, Vorstandsmitglied der Grafschafter JU. Nach Ansicht des CDU Nachwuchses ist es notwendig, dass ausreichende Mittel für Straßensanierungen in Deutschland zur Verfügung stehen. Das Prinzip, „wer nutzt, der zahlt“ gilt bei der Benutzung der deutschen Straßen bisher nicht. Während nahezu alle Nachbarstaaten Deutschlands in irgendeiner Form eine Maut für die Straßennutzung erheben, so ist es möglich, dass die Deutschen Verkehrsachsen – die auch europäische Bedeutung haben – quasi kostenlos genutzt werden können. In der Folge, zahlt der deutsche Steuerzahler.

Dass die geplante Autobahnmaut, nach den aktuellen Plänen des Bundesverkehrsministeriums, auf alle Straßen ausgeweitet werden soll steht nach Ansicht der JU Grafschaft Ben-

them jedoch dem europäischen Gedanken entgegen. „Gerade in der hiesigen Grenzregion kommen viele Kunden der Grafschafter Unternehmen aus den benachbarten Niederlanden – diese Kunden bringen eine Menge ihrer Kaufkraft in die Grafschaft“, so Lödden weiter.

Sebastian Hochmann, Pressesprecher der JU Grafschaft Bentheim erläutert in diesem Zusammenhang auch den Bedeutung des Tagestourismus für die Region: „Egal, ob eine Fietsentour im fahrradfreundlichsten Landkreis Niedersachsens oder eine Besichtigung touristischer Highlights ansteht – viele Niederländer werden es sich wohl zukünftig zweimal überlegen, ob sie bereit sind für einen Kurzausflug die zusätzlichen Mautgebühren zu tragen.“ Die JU Grafschaft Bentheim führt weiter aus, dass die Maut auch negative Auswirkungen für Grenzpendler haben wird. Lokale Unternehmen haben schon heute Schwierigkeiten, ihren Fachkräftebedarf zu decken. „Die Bundesregierung macht einen Fehler, wenn sie auf der einen Seite Fach-

kräfteprojekte fördert, auf der anderen Seite jedoch dafür sorgt, dass die Anfahrt zu grenznahen Arbeitgebern unattraktiv wird“, so die Jungpolitiker.

Im Sinne des europäischen Gedankens, setzt sich die JU Grafschaft Bentheim dafür ein, dass in den Gesetzesentwurf mautfreie Korridore berücksichtigt werden. Nur so können die besonderen Interessen der Grenzregion angemessen berücksichtigt werden. „Wir sind seit Jahren erfolgreich dabei, Grenzen aufzuweichen, den freien Handel zu fördern und so ein Zusammenwachsen der Grenzgebiete zu fördern – diese Bestrebungen dürfen wir uns nicht durch die Einführung einer Maut, die direkt vor unserer Haustür beginnt, kaputt machen lassen“, so Lödden abschließend. Die JU Grafschaft Bentheim erwartet von den beiden lokalen Bundestagsabgeordneten Albert Stegemann (CDU) sowie Dr. Daniela de Ridder (SPD) – die zugleich stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss ist – eine Einflussnahme für die Grenzregionen in Deutschland.

## KICKEN MIT DER GROSSEN POLITIK

### Junge Union Friesoythe richtet zum zweiten Mal Fußballturnier aus

Zwischen Sonne, dem ein oder anderen Bier und Milchshakes wurde auf dem Sportplatz an der Realschule wieder hart gespielt, kräftig geflankt und viele Tore geschossen. Die Junge Union im Alten Amt Friesoythe hatte zum zweiten Mal zu ihrem Hobbyturnier geladen. Diesem Ruf waren ganze 10 Mannschaften gefolgt, angefangen von fast schon professionell wirkenden Hobbymannschaften über Theatergruppen bis hin zu den Messdienern Friesoythes. In zwei Gruppen kämpften die Mannschaften, die teilweise bis aus Wilhelmshaven angereist waren um die Preise, die es in der Endrunde zu gewinnen gab.

Schließlich durften wie im vergangenen Jahr auch die Ehrengäste nicht fehlen. Nach kurzer Begrüßung durch die Turnierleitung von Eike Awick und Lukas Reinken gesellten sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp zusammen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Europaabgeordneten David McAllister unter die vielen Zuschauer. Hier führten die beiden Politiker viele Gespräche mit den Fußballern und deren Fans. McAllister betonte vor allem, dass er jetzt der Abgeordnete in Europa für das

Oldenburger Münsterland sei und deshalb versuche, in Zukunft möglichst oft die Region zu besuchen. Auch Holzenkamp lobte die Junge Union, denn im Wahlkampf zur letzten Bundestagswahl im September 2013 war die Idee des Fußballturniers entstanden. Er freue sich, dass diese Idee nun weitergeführt werde.

Nachdem die Mannschaft des Kreisverbandes der Jungen Union Cloppenburg leider bereits in der Vorrunde trotz tatkräftiger Unterstützung des Kandidaten für den JU-Bundesvorsitz, Benedict Pöttering aus Osnabrück ausgeschieden war, wurden die Halbfinals zu einer echten Nervensache. Gleich zweimal musste das Elfmeterschießen entscheiden, wer ins Finale einziehen konnte. Die Titelverteidiger, die Messdiener Friesoythe, konnten sich ebenso wenig für dieses Finale qualifizieren wie die JU'ler.

Als sich nach einem umkämpften Wettkampf schließlich die beiden besten Mannschaften gegenüberstanden, tobte auch die Menge auf dem Sportplatz. Die „Becks Street Boys“ aus Friesoythe besiegten schließlich die Mannschaft „Top Gun“ und erhielten den Wanderpokal des JU-Fußballturniers, der im

kommenden Jahr verteidigt werden will.

Der Vorsitzende der JU Friesoythe, Jonas Bickschlag freute sich: „Es ist super, dass auch in diesem Jahr wieder so eine große Zahl an Sportlern mitgemacht hat und zu diesem tollen Sportfest beigetragen haben. Auch im nächsten Jahr werden wir das Turnier wiederholen!“



*Der Kandidat für den JU-Bundesvorsitz Benedict Pöttering, auch er kickte fleißig mit und stellte sich Spielern und Besuchern vor.*

## JU HOLZMINDEN STARTET MIT JUNGEM TEAM NEU DURCH

### Lars Quaquil übergibt Kreisvorsitz an Milena Schünemann

Die Junge Union (JU) Holzminden hat auf ihrer Kreismitgliederversammlung in Holzminden einen neuen Vorstand gewählt und sich dabei deutlich verjüngt. Neue Kreisvorsitzende ist Milena Schünemann aus Holzminden. Die 18-jährige Studentin wurde einstimmig Nachfolgerin von Lars Quaquil (32), der nach einer Rekordamtszeit von über 12 Jahren verabschiedet wurde. Für Lars Quaquil endet damit nach 15 Jahren die aktive JU-Politik, nachdem er bereits im Juni nach acht Jahren als stellvertretender Landesvorsitzender der JU Niedersachsen abtrat. Er möchte sich künftig verstärkt über seine Funktionen innerhalb der CDU politisch einbringen.

Milena Schünemann möchte sich künftig besonders der Schul- und Wissenschaftspolitik im Landkreis widmen. Nach den Vorstandswahlen und einem Grußwort unter anderem von Michael Vietz MdB diskutierten die Mitglieder zunächst mit dem ehemaligen JU-Landesvorsitzenden Sebastian Lechner MdL, der von seiner Arbeit als Vorsitzender der Jungen Gruppe in der CDU-Landtagsfraktion berichtete. Er kritisierte die planlose und ideologische Politik von Rot-Grün in Hannover und forderte gemeinsam mit den Kreis-JU'lern endlich mehr Zukunftsinvestitionen im Landkreis und der ganzen Region. Der im Wahlkampf groß angekündigte Südniedersachsen-



Plan sei bis heute nicht in Angriff genommen worden und damit ein leeres Versprechen geblieben.

## HANNOVER-LAND GOES FIT

Das Motto der diesjährigen traditionellen Sommertour der JU Hannover-Land lautete „JU goes fit! – Sport fördern, Sport treiben!“. Während der zweiwöchigen Tour durch die Region informierte man sich insbesondere über die Jugendarbeit der Sportvereine sowie über die Zusammenarbeit der Vereine mit Schulen und Universitäten, aber auch über kommunale Mittel und Projekte für die Sportförderung wurden unter die Lupe genommen.

Einem besonders ernsten Thema widmete sich die JU bei der Robert-Enke-Stiftung, wo man sich mit Depressionen als Volkskrankheit beschäftigte. Regelmäßig konnten die JUler auch selbst aktiv werden, wie zum Beispiel beim Schwimmen oder Golfen. Eine abwechslungsreiche Tour, von deren verschiedenen Ideen letztendlich alle Seiten profitieren konnten.



*Sportlich unterwegs, nicht nur beim Schwimmen*

## „LANDESREGIERUNG IST JETZT AM ZUG“ JU Nordhorn übergibt Unterstützerkarten an Verkehrsminister in Hannover



(v.l.n.r.) Malte Kramer JU Kreisvorsitzender Grafschaft Bentheim, Olaf Lies (SPD) niedersächsischer Verkehrsminister, Reinhold Hilbers (CDU) Vorsitzender AK Haushalt und Finanzen und Sebastian Hochmann stellvertretender JU Kreisvorsitzender

Die Junge Union Nordhorn hat dem niedersächsischen Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) die Postkarten ihrer Aktion „Nordhorn am Zug“ übergeben. Aus Sicht der JU ist jetzt die Landesregierung am Zug, um über den Bahnanschluss Nordhorns endgültig zu entscheiden.

Die JU Nordhorn hatte im März dieses Jahres eine Unterschriftenaktion für den Wiederanschluss der Grafschafter Kreisstadt an den schienengebundenen Nahverkehrs unter dem Motto „Nordhorn am Zug“ gestartet. Die Postkarten dazu wurden bei verschiedenen Werbepartnern in der Nordhorner Innenstadt verteilt und bei vielen Einzelhändlern und Firmen ausgelegt. Viele Karten kamen auch aus Neuenhaus und Emlichheim zurück und zeigten, dass die Bedeutung des Projektes auch in der Niedergrafschaft erkannt wurde.

Der stellvertretende JU-Vorsitzende Gert Lödden dazu: „Wir sind vom Erfolg der Aktion positiv überrascht. Mit so einem großen Rücklauf an Karten haben wir nicht gerechnet. Uns freut, dass die Aktion so gut von den Bürgern aufgenommen wurde und wir mit vielen Personen ins Gespräch gekommen sind.“

Zum Abschluss der Aktion haben JU-Vorsitzender Malte Kramer und sein Stellvertreter Sebastian Hochmann die gesammelten Post-

karten in Hannover an den niedersächsischen Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) übergeben. Bei dem Treffen im Landtag waren auch die beiden Grafschafter Landtagsabgeordneten, Reinhold Hilbers (CDU) und Gerd Will (SPD), dabei. Der Minister zeigte sich von der großen Unterstützung aus der Grafschafter Bevölkerung für das Infrastrukturprojekt überrascht. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerd Will, sicherte den erfreuten JU'lern im Gespräch zu, dass die finanziellen Mittel für die beabsichtigten Reaktivierungen von der Landesregierung auf jeden Fall zur Verfügung gestellt werden. Der haushaltspolitische Sprecher und stv. Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Reinhold Hilbers, machte deutlich, dass er sich für eine Verwendung der Mittel für das Grafschafter Projekt einsetzen wird. Eine endgültige Entscheidung, welche der 7 verbliebenen Strecken reaktiviert werden, werde aber erst Ende des Jahres fallen. Zuerst müssen die Ergebnisse des neuen Bewertungsverfahrens abgewartet werden.

JU-Vorsitzender Malte Kramer erklärte abschließend: „Wir hoffen, dass wir durch die Übergabe der Unterstützerkarten dem Verkehrsminister symbolisch nochmal deutlich machen konnten, dass es in der Grafschaft eine große Unterstützung für den Bahnanschluss gibt. Wir können uns bei allen Unterstützern nur bedanken!“

## ZU BESUCH IM SCHWEINESTALL



Um über die „grüne Agrarwende“ zu diskutieren und um sich selbst ein Bild von einem Stall zu machen, hat der JU Stadtverband Neustadt den Kreisverband Nienburg zur Schweine-stallbesichtigung beim stellv. Kreisvorsitzenden des Landvolks Volker Hahn in Hagen an der Grenze zu Nienburg eingeladen. Hahn kritisierte die aktuellen Agrarpolitik scharf: „Meyer fordert mit seinem Tierschutzplan einen Rückschritt von 50 Jahren.“ Beispielsweise müsse man bei einer Schweinehaltung auf Stroh auch bedenken, dass feuchtes Stroh ein Bakterienherd sei und die durch das Einstreuen verursachte Staubeentwicklung ein Gesundheitsrisiko für Mensch und Tier darstelle. Abschließend sah man sich in der JU bestätigt, dass man auch in Zukunft an der konventionellen Landwirtschaft festhalten sollte.

## HOFFEST MIT URSULA VON DER LEYEN



Ende Juni kamen rund 100 JU'ler und Gäste auf Einladung der Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land zum traditionellen Sommerfest.

Neben der Bundesverteidigungsministerin, Dr. Ursula von der Leyen, kamen u.a. der CDU Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten, Axel Brockmann, Burkhard Balz (MdEP), Dr. Hendrik Hoppenstedt (MdB) sowie die CDU Bezirksvorsitzende, Dr. Maria Flachsbarth (MdB). Es war eine rundum gelungene Veranstaltung, mit leckerem Gegrilltem, Salaten und ausreichend Kaltgetränken.

# AKTUELLE MITGLIEDERENTWICKLUNG 2014

Verbände	Mitgliederstand zum 30.06.2014	Mitgliederstand zum 31.07.2014	Differenz	Entwicklung in %
Braunschweig	197	193	-4	-2,03
Goslar	157	156	-1	-0,64
Helmstedt	143	142	-1	-0,70
Peine	108	108	0	0,00
Salzgitter	62	61	-1	-1,61
Wolfenbüttel	64	64	0	0,00
<b>Landesverband Braunschweig</b>	<b>731</b>	<b>724</b>	<b>-7</b>	<b>-0,96</b>
Aschendorf-Hümmling	207	207	0	0,00
Aurich	51	47	-4	-7,84
Celle	120	127	7	5,83
Cuxhaven	323	320	-3	-0,93
Diepholz	149	147	-2	-1,34
Emden	14	14	0	0,00
Gifhorn	57	60	3	5,26
Göttingen	370	374	4	1,08
Grfs. Bentheim	240	234	-6	-2,50
Hameln-Pyrmont	191	187	-4	-2,09
Hannover-Land	492	493	1	0,20
Hannover-Stadt	347	348	1	0,29
Harburg-Land	224	226	2	0,89
Heidekreis	102	102	0	0,00
Hildesheim-Land	271	267	-4	-1,48
Hildesheim-Stadt	78	78	0	0,00
Holzminden	126	127	1	0,79
Leer	79	81	2	2,53
Lingen	202	201	-1	-0,50
Lüchow-Dannenberg	21	20	-1	-4,76
Lüneburg	76	79	3	3,95
Meppen	197	195	-2	-1,02
Nienburg	147	151	4	2,72
Northeim	123	120	-3	-2,44
Osnabrück-Land	912	906	-6	-0,66
Osnabrück-Stadt	213	214	1	0,47
Osterholz	108	107	-1	-0,93
Osterode	91	90	-1	-1,10
Rotenburg (Wümme)	183	183	0	0,00
Schaumburg	200	197	-3	-1,50
Stade	304	297	-7	-2,30
Uelzen	130	129	-1	-0,77
Verden	105	117	12	11,43
Wittmund	47	48	1	2,13
Wolfsburg	59	61	2	3,39
<b>Landesverband Hannover</b>	<b>6559</b>	<b>6554</b>	<b>-5</b>	<b>-0,08</b>
Ammerland	162	161	-1	-0,62
Cloppenburg	342	342	0	0,00
Delmenhorst	22	22	0	0,00
Friesland	28	30	2	7,14
Oldenburg-Land	125	127	2	1,60
Oldenburg-Stadt	93	92	-1	-1,08
Vechta	874	870	-4	-0,46
Wesermarsch	97	97	0	0,00
Wilhelmshaven	23	24	1	4,35
<b>Landesverband Oldenburg</b>	<b>1766</b>	<b>1765</b>	<b>-1</b>	<b>-0,06</b>
<b>JU Niedersachsen</b>	<b>9056</b>	<b>9043</b>	<b>-13</b>	<b>-0,14</b>

## NEUE VORSTÄNDE (STAND: 08.08.2014)

### Bezirksverband Hannover

Bezirksvorsitzender:	Felix Blaschzyk
Stellvertreter:	Markus Panzer Philipp Thalmann Konstanze Giesecke
Schatzmeister:	Felix Richter
Schriftführer:	Timon Tobias Temps
Pressesprecher:	Gottfried Schwarz
Beisitzer:	Mariela Brauer Hussein Dia André Engelke Fernandes Johannes Hennig Michael Kipp Natalie Müller Christoph Schneider Marten Stühning

### Kreisverband Friesland

Kreisvorsitzender:	Hauke Ahlhorn
Stellvertreter:	Thilo Ging Tjark Waculik
Beisitzer	Edo Tapken Leon von Ewegen Hilko Heikens

### Kreisverband Holzminden

Kreisvorsitzende:	Milena Schünemann
Stellvertreterin:	Stefanie Stern Rebecca Asche Sven Schwarz
Kreisschatzmeister:	Stefan Nendza
Kreisgeschäftsf.:	Timo Schünemann

### Kreisverband Leer

Kreisvorsitzende:	Janka Schulte
Stellvertreterin:	Nadine Engel Kai Detmers Joachim Feimann
Schatzmeister:	Alexander Linnemann
Pressesprecher:	Florian Feimann
Schriftführerin:	Ewin Ediz
Beisitzer:	Svenja van Scharrel Uwe Taute Daniel Uken Alexander Beitelmann Jonas Buja Erik Heese Kirscha Heitner

## VOR ORT, NAH DRAN, AKTIV!



© apops - Fotolia.com

von Tilman Kuban und Marius Keite

Die Jahre 2013 und 2014 boten für die Mitglieder der Jungen Union Niedersachsen zahlreiche Gelegenheiten, sich in verschiedenen Wahlkämpfen einzubringen. Begonnen mit der Landtagswahl Anfang 2013 über die Bundestagswahl im September, gefolgt von zahlreichen Bürgermeisterwahlen und abschließend der Europawahl im Mai 2014 geht eine intensive Wahlkampfzeit zu Ende. Die nächste Wahl, die Kommunalwahl 2016 erscheint unter diesem Eindruck in weiter Ferne.

### Kommunalwahl - Eure Chance!

Die Kommunalwahl bietet jedoch in diesem Umfang wie keine andere Wahl für junge Leute die Möglichkeit, selbst anzutreten, Wahlkampf zu machen und mit etwas Glück gewählt zu werden. Bei Glück wollen wir es jedoch nicht belassen, sondern bereits in diesem Jahr mit der Vorbereitung starten, damit im September 2016 viele junge Leute in Räte und Kreistage einziehen.

### Kommunalpolitik - Im Fokus!

Aber auch hier im Streitroß möchten wir verschiedene Aspekte der Kommunalpolitik beleuchten. Ein Thema wird bereits im Leitartikel zum Deutschlandtag am 19.-21.



September 2014 in Inzell aufgegriffen: Neben den mit Spannung erwarteten Bundesvorstandswahlen werden sich die Delegierten inhaltlich mit dem Thema „Politik für ein Deutschland der Regionen – Zukunft des ländlichen Raums“ auseinander setzen, das uns in Niedersachsen besonders betrifft.

Niedersachsen ist ein Flächenbundesland, das heterogene Strukturen aufweist. Von Großstädten über Metropolregionen auf der einen hin zu ländlich geprägten Regionen auf der anderen Seite.

Die CDU hat in der jüngeren Vergangenheit besonders in Großstädten an Attraktivität und Wählerzuspruch verloren, weil moderne, urban orientierte Konzepte ausblieben. Es ist die Herausforderung an die Junge Union, darzustellen, dass attraktives Großstadtfair und ein solides Werteverständnis keine Gegensätze darstellen, sondern ineinander greifen. Ein interessantes Großstadtprofil ist der Schlüssel, um auch in städtisch geprägten Gebieten zunehmend bessere Wahlergebnisse zu erzielen.

Der ländliche Raum sorgt oftmals noch für gute Wahlergebnisse in Niedersachsen. Jedoch wäre es ein Trugschluss, anzunehmen, dass hier keine Herausforderungen bestünden.

### Stadt und Land - Hand in Hand

Landflucht, Infrastruktur, Breitbandversorgung und Ärztemangel stellen einen Abschnitt an Themen dar, die ländliche Regionen zunehmend betreffen. Mobilität und Teilhabe in einer zunehmend digitalisierten Welt spielen gerade für junge Leute eine große Rolle. Es ist Aufgabe der Jungen Union, hier Antworten zu finden.

Stadt und Land werden in vielen Bereichen oft als Gegensatz verstanden. Gute Lösungen lassen sich oft jedoch gerade durch gute Zusammenarbeit und sinnvolle Ergänzung finden. „Stadt und Land – Hand in Hand“ sollte deshalb das Motto für die künftige Arbeit auf kommunaler Ebene sein.

In Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2016 gehen wir in den kommenden Ausgaben des Streitroß auf verschiedene Felder der Kommunalpolitik tiefer ein und freuen uns auf euer Interesse.

## komFIT #16

Die Kommunalwahl ist unsere Chance. Endlich nicht immer nur Plakate kleben und Flyer verteilen für unsere Kandidaten, sondern selbst am Laternenmast deiner Stadt oder Gemeinde hängen und Wahlkampf für dich machen.

2016 - klingt weit weg, oder? Aber wer gewählt werden will muss jetzt anfangen sich vor Ort einzubringen und sich das Rüstzeug der Kommunalpolitik anzueignen.

Die Junge Union Niedersachsen bietet euch daher die Möglichkeit der intensiven Vorbereitung, um euch für einen erfolgreichen Wahlkampf rechtzeitig fit zu machen. Unter dem Titel KomFIT#16 startet unsere Seminarreihe mit fünf Terminen, die euch als junge Kandidaten inhaltlich und handwerklich auf den Kommunalwahlkampf vorzubereiten und euch mit anderen auszutauschen.

Das geplante Programm findet ihr unten. Wir freuen uns auf euch und hoffen auf viele neue, junge Mandatsträger 2016!

**10./11. Oktober 2014**

#### KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS

Grundlagen der Kommunalpolitik  
*Was erwartet mich im Rat?*

**03./04. Januar 2015**

#### HAPPY NJU YEAR

Anfragen, Anträge  
und Verwaltungsvorlagen  
*So bringe ich mich ein!*

**August/September 2015**

#### SOMMEREVENT

Bauen/Haushalt/Jugend&Familie  
*Auf die Inhalte kommt es an!*

**Januar 2016**

#### HAPPY NJU YEAR

Rhetorik/Presse/SocialMedia  
*Politik richtig verkaufen!*

**März 2016**

#### ABSCHLUSSVERANSTALTUNG

Meine Kampagne  
*mein Ziel im Blick!*

Alle Seminare sind zweitägig. Die Fahrtkosten werden erstattet sowie für Übernachtung und Verpflegung ein Tagungsbeitrag von 25,00 € erhoben. Wer an 4 von 5 Seminaren teilnimmt erhält am Ende ein eigenes Zertifikat.

# KOMMUNALPOLITIK – KEIN BUCH MIT SIEBEN SIEGELN

## Neue Serie: Begriffe aus der Kommunalpolitik einfach erklärt

von Merlin Franke

„Schlüsselzuweisungen“, „Konzessionsabgaben“, „Doppik“ und vieles mehr - in der Kommunalpolitik wird immer wieder mit Fachausdrücken jongliert, die manchen von uns fragend zurücklassen. Damit potenzielle Kandidaten und Interessierte der JU Niedersachsen sich besser auf die Kommunalwahl 2016 vorbereiten können und erfahrenen Rats- und Kreistagsmitgliedern möglichst in nichts nachstehen, werden ab sofort verschiedene Begriffe so verständlich, kurz und einfach wie möglich erklärt.

### Zur Person:

*Merlin Franke (31) ist der jüngste hauptamtliche CDU-Bürgermeister in Niedersachsen. Seit 2013 führt er die Verwaltung der Einheitsgemeinde Bienenbüttel. Der promovierte Staats- und Wirtschaftswissenschaftler ist seit 2002 Mitglied der Jungen Union und seit 2011 Vorsitzender des Bezirksverbandes Lüneburg. Dem Rat seiner Heimatgemeinde Bienenbüttel gehörte er seit 2006 an, dem Kreistag des Landkreises Lüneburg seit 2011.*



### 1) Heute: „Ergebnis- und Finanzhaushalt“

Wer genau wissen möchte, was eine Kommune für Ihr Schwimmbad, die Kinderbetreuung, die Schule oder das Jugendzentrum ausgeben will, oder wie viele Einnahmen die Kreis- und Gemeindekasse an Steuern erwartet, kann dies am besten im „Haushaltplan“ nachschauen.

Darin sind alle geplanten Einnahmen und Ausgaben genau aufgeführt. Allerdings unterscheidet die Verwaltung hier zwischen dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt. Im Ergebnishaushalt werden alle laufenden Erträge und Kosten erfasst. Dahinter verbergen sich zum Beispiel die Kosten für den laufenden Betrieb, also Strom und Wasser, sowie Gas oder Öl. Auch die Personalkosten sind als laufende Kosten hier erfasst. Darüber hinaus müssen im Ergebnishaushalt auch Auflösung von Zuschüssen und Abschreibungen - eine Art Wertminderung durch Nutzung von bspw. Gebäuden oder Fahrzeugen. Folglich also alle Dinge, die das Vermögen der Kommune verändern unabhängig davon, ob sich dies auf dem Konto der Gemeinde bemerkbar macht. Demgegenüber werden im Finanzhaushalt die Investitionen einer Kommune, sowie alle zahlungswirksamen Posten des Ergebnishaushaltes aufgelistet. Der Finanzhaushalt stellt quasi die Geldbörse der Kommune dar - also alle Summen die tatsächlich fließen.

Bürger gewählten Vertreter in der Gremien (Gemeinderäte und Kreistage) sondern auch gegenüber der nächsthöhere Verwaltungsinstanzen müssen die Mitarbeiter von Rat- und Kreishäusern Rechenschaft ablegen. Dies wird unter dem Oberbegriff der „Kommunalaufsicht“ verstanden. Für alle Städte, Samtgemeinden und Gemeinden in einem Landkreis übernimmt also der Landkreis die Kommunalaufsicht.

Eine Kreisverwaltung wiederum wird durch das niedersächsische Innenministerium beaufsichtigt. Es handelt sich allerdings um eine reine Rechtsaufsicht mit dem Ziel zu kontrollieren, ob sich Kommunen bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben an die rechtlichen Vorgaben in Form von Landes- und Bundesgesetzen halten. Eine der Kernaufgaben der Kommunalaufsicht liegt in der Prüfung der jeweiligen Haushaltpläne.



### 2) Heute: „Kommunalaufsicht“

In Ihrer täglichen Arbeit stehen kommunale Verwaltungen nicht nur unter der Beobachtung der jeweils vor Ort durch die

# DIE GROSSE **PRO** & **CONTRA** STREITROSS-DISKUSSION

## SOLLEN BUNDESLIGAVEREINE AN DEN EINSATZKOSTEN DER POLIZEI BETEILIGT WERDEN?

von Holger Rabbe

Ein Aufschrei ging durch die Fußballwelt: Bremen möchte als erstes Bundesland einem Bundesligisten bei Hochrisikospielen mit erhöhtem Polizeiaufwand den Mehraufwand für den Polizeieinsatz in Rechnung stellen. Die oftmals notwendigen Eskortierungen von gegnerischen Fangruppen in der Stadt und im Stadion sind Fakt, Forderungen nach einer finanziellen Beteiligung der DFL oder der Bundesligisten gibt es immer wieder. Aber drücken Sie auch die Wirklichkeit aus? – Stehen

den Kosten für Polizeieinsätze nicht auch gesamtwirtschaftliche Einnahmen gegenüber, von denen auch Kommunen und Bundesländer nicht unerheblich profitieren? Reinhard Grindel, MdB und Schatzmeister des DFB, und Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, diskutieren über das Für und Wider dieser Entscheidung.

### PRO KOSTENBETEILIGUNG

#### Björn Tschöpe

Vorsitzender der  
SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Land Bremen



Die DFL macht jedes Jahr 2,65 Mrd. Euro Umsatz und gut 300 Mio. Euro Gewinn. Allein die Polizeieinsätze für die Hochrisikospiele kosten den Steuerzahler bundesweit mindestens 30 bis 40 Mio. Euro. Uns in Bremen jedes Jahr 1,4 Mio. Euro. Bei normalen Bundesligaspielen sind 200-300 Polizisten im Einsatz. Wenn aber der HSV oder Hannover mit seinen Fans zu uns kommt, sind über 1200 Beamte nötig. Das kostet Bremen zwischen 300.000 und 500.000 Euro. Von dem Geld könnten wir eine große Ganztagsgrundschule ein Jahr lang bezahlen.

Bremen ist Haushaltsnotlageland, uns fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Wir sind deshalb nicht mehr bereit, den Profifußball, in dem Millionen und Abermillionen verdient werden, weiter staatlich zu subventionieren. Deshalb soll sich die DFL an den Kosten beteiligen. Im Übrigen ist es im europäischen Ausland, z.B. in Frankreich, Großbritannien, der Schweiz und teilweise in Spanien seit langem üblich, dass die Polizeikosten vom Profifußball getragen werden. Und auch der Bund der Steuerzahler und die Deutsche Polizeigewerkschaft stehen an unserer Seite.

DFL und DFB wollten Bremen durch den Entzug des Länderspiels gegen GIBRALTAR für seine Entscheidung bestrafen und zum Einlenken bewegen. Die Aggressivität mit der der Vorsitzende der DFL, Reinhard Rauball, die wirtschaftlichen Vorteile seines Unternehmens vor einem demokratischen Staat zu sichern versucht, ist selbstherrlich und unangemessen. Man kann für oder gegen unsere Entscheidung sein. Es steht jedem zu, dagegen zu protestieren oder auch zu klagen. Aber der Versuch, eine demokratisch legitimierte Regierung und ein frei gewähltes Parlament mit dem Entzug von Sportveranstaltungen erpressen zu wollen, ist unverschämte und offenbart ein problematisches Demokratieverständnis.

### CONTRA KOSTENBETEILIGUNG

#### Reinhard Grindel

Mitglied des Bundestages und  
Schatzmeister des  
Deutschen Fußball Bundes



Wer viel verdient muss in Zukunft für seine Sicherheit selbst sorgen? Das ist eine merkwürdige Logik, die unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen widerspricht. Wollen wir in Zukunft bei Castor-Transporten die Energieunternehmen dafür zahlen lassen, dass Polizisten Demonstranten von den Gleisen tragen? Sicherheit und Ordnung sind öffentliche Güter, die unter dem Schutz des Staates stehen. Dieser Staat wird in Bremen durch Steuern von Werder und Besuchern der Bundesligaspiele auch ordentlich finanziert. Vom Image der Stadt, das durch Werder entscheidend geprägt wurde, ganz abgesehen. In einem Rechtsstaat kann zu den Polizeikosten der Störer oder Zweckveranlasser herangezogen werden. Beides sind Werder Bremen und die DFL nicht. Sie haben ganz im Gegenteil das Interesse, dass es gerade nicht zu Gewalt rund um ein Fußballspiel kommt, damit der Stadionbesuch etwa für Familien attraktiv bleibt. Bremen bricht im Übrigen klare Vereinbarungen. DFB und DFL haben sich verpflichtet, die Mittel für Prävention und Sicherheit erheblich zu erhöhen. Insgesamt 26 Millionen Euro geben sie jährlich dafür aus. Im Gegenzug haben die Innenminister erklärt, auf die Kostenbeteiligung bei Polizeieinsätzen zu verzichten. Dabei darf man nicht übersehen, dass etwa die Fanprojektarbeit zunehmend klassische Jugendsozialarbeit ist, die zu den kommunalen Aufgaben gehört. Gerade Werder ist bei der Präventionsarbeit bundesweit vorbildlich, was das Verhaben des Senats umso unverständlicher macht.

Der Vergleich mit anderen Ländern hinkt, weil es dort weder diese umfassende Präventionsarbeit gibt, noch geht es um Polizeipräsenz in den Stadien. Dieser Einsatz wird von den Ordnungsdiensten der Vereine selbst übernommen. Bei der Debatte um die Verlegung des EURO-Qualifikationsspiels sollte die Bremer SPD sprachlich abrüsten. Es ist auch keine Nötigung von Verfassungsorganen, wenn Unternehmen bei Ansiedlungen in Bremen und Niedersachsen gleichzeitig fragen, was denn die jeweilige Landesregierung für Wirtschaftsförderung zu bieten hat. Insofern kann es niemand dem DFB verdenken, wenn er als „Dank“ für eine offensichtlich rechtswidrige Entscheidung des Bremer Senats nicht noch ein Spiel in ein Stadion vergeben will, an dem gerade dieser Senat wirtschaftlich beteiligt ist. Aber: ich würde es sehr begrüßen, wenn der Dialog zwischen Bremen und DFB/DFL wieder aufgenommen und nach einer rechtsstaatlichen Lösung gesucht würde, wie man das gemeinsame Ziel aller erreichen kann: Fußball ohne Gewalt.“

# DIE JUNGE UNION NIEDERSACHSEN LÄDT EIN ZUM SOMMEREVENT AM 06./07.09.2014



## PROGRAMM:

### Samstag, 06. September 2014

bis 10.00 Uhr Anreise

10.00 Uhr Begrüßung und Einführung  
in das Thema durch  
**Tilman Kuban**,  
JU-Landesvorsitzender

10.30 Uhr Vortrag und Diskussion zum  
Thema „Große Koalition -  
Bericht aus Berlin“  
**Michael Grosse-Brömer MdB**,  
Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

12.00 Uhr Mittagessen

12.30 Uhr Vortrag und Diskussion -  
Workshop, Teil I+II

16.00 Uhr Politiker Speed Dating

18.00 Uhr Abendessen/Party

### Sonntag, 07. September 2014

Bis 9.45 Uhr Frühstück

10.00 Uhr Vortrag und Diskussion -  
Workshop, Teil III

12.00 Uhr Präsentation der Ergebnisse aus  
den Workshops  
Diskussion über die Ergebnisse,  
Seminar Kritik

13.00 Uhr Schlusswort und Ende der  
Veranstaltung

## TAGUNGSHINWEISE:

### Anmeldung

Die verbindliche und persönliche Anmeldung erbiten wir bis spätestens 29. August 2014, 12.00 Uhr per Fax oder Mail an die Landesgeschäftsstelle.

Oder online unter: <http://www.ju-niedersachsen.de/>

Die Junge Union behält sich vor, bei kurzfristiger Absage nach dem 29. August 2014 ein Ausfallgeld in Höhe der entstehenden Kosten zu erheben.

### Tagungsbeitrag, Fahrtkostenerstattung, Anreise

Der Tagungsbeitrag beträgt 25,00 € für Teilnehmer, die übernachten. Für Tagesgäste wird ein Tagungsbeitrag von 15 € erhoben. Darin enthalten sind Verpflegung (Mittagessen, Abendessen, Frühstück). Der Beitrag ist bei Anreise zu zahlen. Für die

## ORT:

Snow Dome  
Horstfeldweg 9  
29646 Bispingen

## ANTWORTBOGEN

(Bei Bedarf bitte vervielfältigen;  
Zutreffendes bitte ankreuzen)

### 1.) Ich nehme verbindlich an der Veranstaltung „Sommerevent“ der Jungen Union Niedersachsen am 06./07. September 2014

teil  nicht teil

### 2.) Ich nehme an folgendem Workshop teil (bitte NUR einen ankreuzen):

- I) TTIP – Was bedeutet das Transatlantische Freihandelsabkommen für Deutschland?   
*(Enrico Przybilla/Gerrit Becker)*
- II) Flüchtlingspolitik aus verschiedenen Perspektiven   
*(Benjamin Müller/Marius Keite)*
- III) Rhetorik für Anfänger   
*(Jochen Steinkamp)*  
(auf 15 Personen beschränkt)
- IV) Kniggeseminar - Benimm im Business   
*(Katharina Höchemer)*

Bei Überbelegungen von Seminaren kann es zu einer Umverteilung auf andere Seminare kommen. Bitte Telefonnummer und E-Mail für weitere Informationen zur Veranstaltung angeben.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Tel./Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Sonstige Anmerkungen:  
(Essensunverträglichkeiten, Nachfragen etc.):

\_\_\_\_\_  
Unterschrift, Datum

Antwort bitte bis zum  
29. August 2014, 12.00 Uhr an: **oder online:**

Junge Union Niedersachsen

Hindenburgstraße 30  
30175 Hannover

Fax: 0511/ 2799199 – 41

E-Mail: [info@ju-niedersachsen.de](mailto:info@ju-niedersachsen.de)



## Bei Minderjährigen:

### Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten:

Ich/wir haben das Programm zur Kenntnis genommen und sind mit der Teilnahme meines/ unseres Sohnes /meiner/unsere Tochter einverstanden. Ich bin mir/wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine Aufsicht durch den Veranstalter insbesondere außerhalb der gemeinschaftlichen Seminaraktivitäten nur in begrenztem Umfang gewährleistet werden kann und die Junge Union Niedersachsen keinerlei Haftung für minderjährige Teilnehmer übernimmt.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift d. Erziehungsberechtigten, Datum